

blick nach rechts

Z 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 13. Jahrgang Nr. 05 6. März 1996

➔ **Aussiedler und Deutsche Mark** Seite 2

Die baden-württembergischen „Republikaner“ attackieren im Landtagswahlkampf 1996 zunehmend die SPD wegen deren Forderungen nach Zuzugsbegrenzung für deutschstämmige Aussiedler. Klassisches REP-Thema bleibt gleichwohl die Agitation gegen Asylbewerber.

➔ **Rechtsextreme im hohen Norden** Seite 4

Zu den Landtagswahlen am 24. März in Schleswig-Holstein konkurrieren die „Deutsche Volksunion“ und die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ um den Wiedereinzug ins Parlament.

➔ **Planspiele des „Bombenhirns“** Seite 6

Für die österreichischen Behörden kommt ein bekannter Neonazi als möglicher Briefbombenattentäter in Betracht.

➔ **Revanchismus für Jung und Alt** Seite 8

Das „Ostpreußenblatt“, Organ der „Landsmannschaft Ostpreußen“, spielt eine Rolle in der Grauzone zwischen Rechtskonservatismus und Rechtsextremismus.

Tagebuch Seite 13

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon 0228/95113-0, Fax 95113-16

Landtagswahlen 1996

Die „Republikaner“ in Baden-Württemberg:

Aussiedler und Deutsche Mark

Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg am 24. März geht es für die „Republikaner“ um sehr viel. Zur Zeit ist der Stuttgarter Landtag das einzige Landesparlament, in dem die Partei vertreten ist. Vor vier Jahren auf dem Höhepunkt der Diskussionen um ein neues Asylrecht, das den Zuzug von Asylbewerbern begrenzen sollte, hatte es die Partei mit ihrem Bundesvorsitzenden Franz Schönhuber im Südweststaat auf 10,9 Prozent gebracht. Seitdem ist sie mit zunächst 15 und dann 14 Abgeordneten - ein Abgeordneter verließ die Fraktion später aus Protest gegen die Machtkämpfe in der Führung der Bundespartei - vor Grünen und FDP die größte Oppositionspartei im Landtag von Baden-Württemberg, nachdem CDU und SPD eine Große Koalition gebildet hatten.

Das schon durch diese parlamentarische Alleinvertretung gegebene besondere Gewicht des baden-württembergischen Landesverbands wird verstärkt noch dadurch, daß der Fraktionsvorsitzende Rolf Schlierer als Schönhubers Nachfolger Bundesvorsitzender der Partei ist. Außerdem agiert an seiner Seite Christian Käs, ein Stuttgarter Rechtsanwalt, der Vorsitzender des knapp 2.000 Mitglieder zählenden Landesverbandes und zugleich stellvertretender Bundesvorsitzender ist. Sollten die „Republikaner“ auch in den nächsten Landtag einziehen, wird Käs, gegenwärtig im Stuttgarter Gemeinderat sitzend, Mitglied der neuen Fraktion sein.

Wiedereinzug als Wahlziel

Mit sieben Prozent beziffert Käs seine Erwartungen für den Wahlsonntag in Baden-Württemberg. Sollte ein solches Ergebnis tatsächlich eintreffen, würde der sogenannte Schlierer-Kurs in der Partei zweifellos erheblich gestärkt. Bisher ist der 41jährige Jurist und Mediziner innerhalb der Partei durchaus auch auf Widerstand gestoßen. Angekündigt werden ihm und Käs nicht nur Intrigen gegen Schönhuber, den Schlierer nach heftigen innerparteilichen Turbulenzen im Dezember 1994 auf dem Bundesparteitag in Sindelfingen beerbte.

Auch Schlierers Konzept einer Absage an noch weiter rechts stehende Parteien wie NPD, DVU oder „Deutsche Liga“ und überhaupt an jede Form einer parteiübergreifenden rechten Sammlungsbewegung ist umstritten, ebenso wie sein Ziel einer allmählichen Annäherung an die CDU.

Sollte das Wahlziel des Wiedereinzugs in den Landtag von Baden-Württemberg verfehlt werden, ist mit dem Aufbrechen scharfer interner Kämpfe in der Bundespartei zu rechnen. Schlierer hat angekündigt, daß er für diesen Fall zwar den Parteivorsitz zu Ende führen will. Jedoch legen weitere Äußerungen von ihm die Vermutung nahe, daß er dann das ganze „Projekt Republikaner“ noch einmal grundsätzlich überdenken wird, auch seine eigene Mitwirkung dabei. Das hat nicht zuletzt damit zu tun, daß nach seiner Einschätzung unter solchen Bedingungen die finanziellen Mittel für eine professionelle politische Arbeit fehlen würden.

Anbiederung an die Union

Käs, der in der Darstellung nach außen immer stärker in Erscheinung tritt, nannte Ende Februar bei einem Landesparteitag in Heidenheim zum Auftakt der heißen Phase des Wahlkampfes als Nahziel eine Situation, in der Erwin Teufels CDU auf eine Duldung durch die REP angewiesen wäre (diese Lage träte ein, wenn die FDP nicht wieder in den Landtag käme und die Union ohne absolute Mandatsmehrheit nicht bereit wäre, die große Koalition mit der SPD fortzusetzen). Für eine solche Duldung einer Alleinregierung der CDU stellte Käs in seiner Parteitage Rede allerdings sogleich vier Bedingungen, die die ohnehin vorhandenen Zweifel an der Ernsthaftigkeit solcher Szenarien verstärken: 1. Beendigung der Beobachtung der REP durch den Verfassungsschutz, wie sie auch in Baden-Württemberg praktiziert wird. 2. Einführung der sogenannten zweigeteilten Polizeilaufbahn. 3. Einführung eines Bürgerentscheids nach bayerischem Vorbild. 4. die „gnadenlos konsequente Abschiebung“ aller abgelehnten oder kriminell gewordenen Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge. Anhand dieser vier Forderungen, fügte Käs hinzu, könne man sich „leicht vorstellen, daß es noch eine geraume Zeit dauern wird, bis die anderen Parteien so weit sind, für uns koalitionsfähig zu werden“.

Noch weit mehr gilt das allerdings umgekehrt. Vor allem Käs schlägt immer wieder Töne an, die jegliche Form der Zusammenarbeit etablierter Partei-

en mit den „Republikanern“ ausschließen. Im Herbst 1995 attackierte er beispielsweise den Stuttgarter Innenminister Frieder Birzele (SPD) auf einem Parteitag in Stuttgart-Bad Cannstatt als „einen eiskalten Schreibtischtäter, der diesem Land und seinen Menschen mehr Schaden zugefügt hat, als es Jahre alliierten Bombenterrors je vermocht hätten!“ In derselben Rede warf er der „Bonner Republik“ vor, sie habe „ein Repressionssystem“ geschaffen, „das an Genialität Geschichte machen wird und noch lange in Geschichtsbüchern behandelt werden wird, wenn seine Vertreter schon lange vergessen sind“. Käs' Äußerungen über Polen, Juden und „das letzte Negerdorf in Afrika“ rufen den Verdacht von Ausländerfeindlichkeit und Rassismus wach. Distanzierungen Schlierers von seinem Vize sind bisher jedenfalls nicht nach außen sichtbar geworden.

„Asylbewerber kommen - Arbeitsplätze gehen“

Im Landtagswahlkampf der REP rücken zwei Themen zunehmend in den Vordergrund: ihr Nein zur europäischen Währungsunion und Attacken auf die SPD wegen der Forderungen von Oskar Lafontaine oder Dieter Spöri nach schärferer Zuzugsbegrenzung für deutschstämmige Aussiedler. Mit der „primitiven Kampagne“ habe die SPD nunmehr „ihr wahres Gesicht als Brandstifter gegen das eigene Volk gezeigt“, erklärte Schlierer. Als deutsche Staatsangehörige müßten Aussiedler „grundsätzlich Vorrang vor Ausländern haben“. Es sei „falsch“, die Spätaussiedler für die Lage auf dem Arbeitsmarkt und die explodierenden Sozialhilfekosten verantwortlich zu machen. „Künftig“, fuhr Schlierer wörtlich fort, „werden wir die sozialistischen Pseudohumanisten der SPD an ihre Aussiedlerhetze erinnern. Von solchen Heuchlern und verlogenen Moralisten lassen wir uns keine Vorhalte mehr machen“.

Den Vorwurf der Verlogenheit erheben die REP auch im Zusammenhang mit dem Euro an die Adresse der SPD. Hier wollen sie offenbar einen Alleinvertretungsanspruch als grundsätzliche Gegner einer Währungsunion im Bewußtsein der Wählerschaft etablieren. Darin werden sie durch Dieter Spöris Forderung nach Verschiebung gestört. Deshalb werfen sie speziell der SPD in Baden-Württemberg ein „populistisches Ablenkungsmanöver“ vor, das die Wähler über das grundsätzliche Ja zum europäischen Bundesstaat

auf Kosten deutscher Interessen hinwegtäuschen solle.

Furcht vor „Mafiastrukturen“

In der Schlußphase des Wahlkampfs wird die Rechtsaußen-Partei ihr zentrales Anliegen noch einmal auf den Punkt bringen. 200 000 Plakate sollen in ganz Baden-Württemberg die Losung verkünden: „Asylbewerber kommen - Arbeitsplätze gehen.“ Allerdings wird dieses Thema nicht mehr die Brisanz von 1992 haben, nachdem feststeht, daß das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum neuen Asylrecht entgegen bisherigen Befürchtungen nicht mehr vor dem 24. März gefällt wird. (Vielfach war angenommen worden, daß eine Zurückweisung des sogenannten Bonner Asylkompromisses als verfassungswidrig kurz vor dem Wahltermin den REP neuen Zulauf beschern würde.) Ein weiteres klassisches Thema der „Republikaner“ ist nicht zu unterschätzen, auch nicht in Baden-Württemberg, wo eben erst eine amtliche Statistik die Sicherheitslage der Bürger als am günstigsten unter allen Bundesländern auswies: Kriminalität. In ihrem Landeswahlprogramm, in Heidenheim verabschiedet, haben die REP einen ganzen Katalog von Maßnahmen beschlossen, der eine „Effizienzsteigerung“ der Arbeit von Polizei und Justiz bezweckt. Unter anderem getreu einer Realitätswahrnehmung von Rolf Schlierer persönlich: „Mafiastrukturen, wohin man schaut!“

Eine Art ständige Attraktion im Wahlkampf der „Republikaner“ ist die so oft beklagte „Stigmatisierung“ der eigenen Partei durch die anderen Parteien und vor allem durch die Medien. Zum Vorwurf des Totschweigens will allerdings nicht ganz passen, wenn etwa Käs herausspricht, wie Rundfunk- und Fernsehanstalten den REP-Spitzenleuten angeblich zur Zeit die Türen mit Interviewwünschen einrennen. Ihre Klage über die „Bespitzelung“ durch den Verfassungsschutz, über das ständige angebliche Messen mit zweierlei Maß (wenn etwa ihnen Ausländerfeindlichkeit angelastet werde für Forderungen, die aus dem Munde anderer keinerlei kritisches Echo hervorriefen) und eine unfaire Behandlung durch die Presse haben die baden-württembergischen REP auf eine etwas verquaste Formel gebracht. Sie steht auf 200 000 Plakaten, lautet „Nur Wählen schafft Freiheit“ und soll dem Wähler signalisieren, es liege an ihm, den „Republikanern“ jene Gleichbehandlung zuteil werden zu lassen, die das Establishment ihnen versage.

Peter Henkel

Landtagswahlen 1996

Rechtsextreme im hohen Norden

Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein am 24. März treten die rechtsextremistischen Parteien DVU („Deutsche Volksunion“) und die DLVH („Deutsche Liga für Volk und Heimat“) an. Beide Parteien kandidieren flächendeckend in 45 Wahlkreisen.

Die DVU schaffte vor vier Jahren den Sprung in den Landtag mit sechs Mandaten und wurde drittstärkste Partei. In der Folge gab es mehrfach interne Streigkeiten. Durch die Abspaltung von drei Parlamentariern, die sich der DLVH anschlossen, ihr Landtagsmandat aber behielten, verlor die DVU ihren Fraktionsstatus - die DLVH erlangte erst gar keinen (mindesten vier Abgeordnete sind dafür erforderlich). Die infas-Meinungsforscher prognostizieren der DVU derzeit 3,2 Prozent der Stimmen (Tendenz steigend im Vergleich zu einer Umfrage vier Wochen zuvor). Bei diesen Vorabbefragungen von Wählern ist zu berücksichtigen, daß viele Angesprochene nicht offen ihr Votum und ihre Sympathie für eine rechtsextremistische Partei preisgeben. Das war auch für 1992 die Erklärung, weshalb die DVU entgegen aller Meinungsforschung die Fünf-Prozent-Hürde übersprang.

„Geistige Brandstifter“

Im Wahlkampf zeigen sich beide Rechtsaußen-Parteien dem Wahlvolk nicht direkt. Lediglich über Plakatwerbung an Tafeln, Stellwänden und Litfaßsäulen propagiert die DVU den inhaltslosen Slogan „Diesmal Protest wählen“. Zudem wird von der Partei die Euro-Währung verteuft (Parole: „Die D-Mark soll bleiben“), was überhaupt keinen landespolitischen Bezug hat. In geringerem Umfang als in den Wahljahren zuvor gab es Hauswurfsendungen der DVU. Vielmehr nutzt die Partei des Münchner Verlegers Dr. Gerhard Frey die Wahlwerbung via Hörfunk und Fernsehen. Die DVU zeigt aber auch in diesem Wahlkampf ihr „wahres Gesicht“: Provokation statt Pietät - in Mölln ließ sie ihre Wahlwerbung an eines der Brandhäuser von 1992 anbringen, wo bei einem Brandanschlag von Neonazis gegen Ausländer drei Tote und neun Verletzte zu beklagen waren.

Der spontane Bürgerprotest artikuliert sich durch Überkleben des DVU-Logos mit dem Satz: „Die geistigen Brandstifter kehren an den Ort der Anschläge zurück“.

Die DLVH traut sich dagegen noch weniger an die Öffentlichkeit - dazu fehlen zudem Finanzen für den Wahlkampf. Man findet lediglich in einigen Orten „Spuckis“ (Aufkleber). Die Partei tritt aber ebenfalls in Radio- und TV-Wahlspots auf.

Lichtscheue Kandidaten

Bei der Durchforstung der Kandidatenlisten in den Wahlkreisen und bei der Landliste fällt auf, daß die DVU auf sieben „Treue“ zurückgreift, die auch 1992 kandidierten. Acht Kandidaten verlor die DVU aber an die DLVH. Unter den DVU-Kandidaten befinden sich gleich 14 Personen, die über 65 Jahre alt sind. Die DLVH stellt dagegen den absoluten Veteranen mit Hans-Heinrich Voth (Jahrgang 1913) aus Wahlstedt. Neben ihm kandidiert auch seine Frau. Überhaupt wartet die DLVH mit acht Ehepaaren im Kampf um den Einzug ins Kieler Landeshaus auf. Bei der DLVH finden sich auch ehemalige NPDler wieder (Friedrich Riedel, Reinhard Dutschke, Herbert Holler sowie Rolf Dieter Böhm). Böhm ist bereits seit den 70er Jahren mit militanten Wehrsportaktivitäten (Waffenlager, Diebstahl von Nato-Papieren zwecks Freipressung des damals in Berlin einsitzenden Kriegsverbrechers Rudolf Hess) in Schleswig-Holstein aktiv, hatte Verbindungen zur mittlerweile verbotenen „Wiking-Jugend“ und Kontakte nach Südamerika. Die DLVH hat für diese Wahl zudem aus der Büdelsdorfer Skinheadszone „abgeschöpft“ - eine Beobachtung, die der Verfassungsschutz Schleswig-Holstein bereits seit längere Zeit festgestellt hatte. Die DVU stellt mit dem 19jährigen Christan Eberhardt (Neumünster) den jüngsten Kandidaten überhaupt.

Die DVU-Landesliste wird von Heinrich Gerlach (Westerland) angeführt. Er war vier Jahre lang die rechte Hand von Parteichef Gerhard Frey im Kieler Landeshaus und soll dort weisungsgebunden aus München die Fäden gezogen haben. Hinter Spitzenkandidat Gerlach rangiert Renate Köhler (Westerland), die jetzt vier Jahre lang die Abgeordnetenbank der DVU im Landtag besetzt hatte. Die DVU-Landtagsabgeordneten Benvenuto-Paul Frieze (Seeth) und Helmut Thienmann (Plön) stehen dagegen nur auf den Listenplätzen 5 und 6. Spitzenkandidat der DLVH ist Ingo Stawitz (Uetersen). Wie Listenkandidat Nr. 2, Ingo

Schachtschneider (Barlt), war er in der jetzt ablaufenden Legislaturperiode Landtagsabgeordneter. Stawitz begann seine Abgeordnetenlaufbahn als Fraktionssprecher der DVU, ehe er von Frey entmachtet wurde und auch den Posten des DVU-Landesvorsitzenden abgeben mußte. Es folgte dann der Übertritt zur DLVH - andere taten es ihm gleich (s.o.). Karin Voß (Wahlstedt), die als DLVH-Vertreterin ebenfalls ein Landtagsmandat inne hatte, hat sich offenbar in vier Jahren „aufgerieben“: Sie kandidiert zwar als Direktkandidatin in ihrem Wahlkreis, doch auf der Landesliste der Partei taucht sie nicht mehr auf.

Auffällig noch bei der DVU: Sie läßt die Kandidatinnen und Kandidaten häufig nicht an deren Wohnort oder in der näheren Umgebung antreten, sondern stellte sie in anderen Wahlkreisen auf. Dadurch soll örtlicher Protest offenbar gebremst werden.

Horst Freires

Chancenlos in Rheinland-Pfalz

Die „Republikaner“ als auch die NPD treten zu den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz am 24. März mit eigenen Landeslisten an. Auf der Landesliste der REP sind 20 Wahlbewerber eingetragen, auf der NPD-Liste stehen zwölf.

Bedingt durch das rheinland-pfälzische Landtagswahlrecht, das mit Listen- und Direktmandaten dem Bundestagswahlrecht nachempfunden ist, treten die „Republikaner“ auch in 19 Wahlkreisen mit Direktkandidaten an. Auffallend ist hierbei, daß ein klarer regionaler Schwerpunkt der REP in Rheinland-Pfalz zu erkennen ist: 15 der 19 Direktkandidaten treten in den Wahlkreisen der beiden südlichen Bezirke an, die stärker städtisch geprägt sind als die nördlichen. Im südlichen Rheinland-Pfalz waren die REP auch bei den Kommunalwahlen am 12. Juni 1994 angetreten und konnten 2,3 Prozent der Stimmen gewinnen. Bei den Europawahlen am gleichen Tag holten sie zwar 3,7 Prozent der Stimmen landesweit, schon die Bundestagswahlen am 16. Oktober 1994 aber bescherten den REP nur mehr magere 1,9 Prozent.

Spitzenkandidat der „Republikaner“ zu den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz ist Hans Herstein, ein 1956 geborener Techniker aus Germersheim in der Südpfalz. Die Mitgliederzahlen der rheinland-pfälzischen REP sind rückläufig. Während die Par-

tei laut Verfassungsschutzbericht 1994 noch 700 Mitglieder zählte, wurde auf der Landesmitgliederversammlung am 12. März 1995 in Koblenz ein Stand von nur mehr 600 Personen angegeben.

Die Wahlwerbung der REP für die Landtagswahl ist äußerst schwach. Selbst in der Landeshauptstadt Mainz sind kaum Plakate oder Hinweise auf Wahlveranstaltungen zu sehen. Auf Flugblättern, die in einigen Bereichen von Mainz in die Briefkästen verteilt wurden, stellen sich die „Republikaner“ als Anwalt für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger dar. So heißt es u.a.: „Wir fordern für Sie: daß die Einzelinteressen des Großunternehmens sich denen des deutschen Volkes unterzuordnen haben und der Import von Billigstlohnkräften und damit der moderne Sklavenhandel unterbunden wird.“ Des weiteren ist zu lesen: „Wir fordern für Sie: Orientierungshilfen als wesentliche Voraussetzung für eine gesunde Entwicklung junger Menschen.“ Für dieses Flugblatt zeichnet Edgar Haus aus Konz verantwortlich, der auch auf der Landesliste antritt.

Ein Einzug der REP in den rheinland-pfälzischen Landtag ist mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit auszuschließen, auch bei den bisherigen Meinungsumfragen konnten sie keine nennenswerten Stimmenzahlen erreichen. Bei den Landtagswahlen von 1991 gewann die Ultrarechts-Partei zwar zwei Prozent der Stimmen, doch ist ihre Popularität seitdem - wie auch bundesweit - gefallen.

Die NPD tritt nur in einem Wahlkreis im Süden des Landes mit einem Direktkandidaten an; hier stellen die REP keinen Direktkandidaten. Auffallend an der NPD-Landesliste ist, daß von zwölf Kandidaten fünf Rentner sind. Spitzenkandidat der NPD in Rheinland-Pfalz ist Wilhelm Herbi, ein 1942 geborener Arbeiter aus Niederrotterbach. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 1994 erzielte die NPD lediglich 0,2 Prozent der Stimmen. Der Mitgliederstand der NPD ist wie bei den „Republikanern“ rückläufig. Nach amtlichen Angaben zählte sie 1994 noch 200 Mitglieder.

Die Unterstützungsunterschriften für die NPD beschäftigen auch den rheinland-pfälzischen Landtag. Die NPD soll in der Innenstadt von Kaiserslautern Unterstützungsunterschriften gesammelt haben, wobei den Unterzeichnern der Eindruck vermittelt wurde, Unterschriften gegen Flüchtlinge zu leisten. Die Grünen haben daraufhin in einer Mündlichen Anfrage (DRS 12/8229) an das Innenministerium um eine Aufklärung des Vorfalls gebeten.

Dirk Seifert

Im Visier der Ermittlungsbehörden:

Planspiele des „Bombenhirns“

Hinter dem österreichischen Briefbombenterror stecken keine Rechtsextremisten, sondern der „mordbereite Israelische Geheimdienst Mossad“ - war in der letztjährigen Sommerausgabe der bundesdeutschen revisionistischen Zeitschrift „Sleipnir“ zu lesen. Der „Rechtsterror“ zwischen Wien und Lübeck komme „nicht von rechts“, denn „Briefbomben gehören seit Jahrzehnten zur unverwechselbaren Handschrift“ des Mossad. Der Autor des zweiseitigen Artikels, der notorische Wiener Rechtsextremist Gerd Honsik, zählt - wie das österreichische Nachrichtenmagazin NEWS (8/96) enthüllte - zum engsten Kreis der möglichen Briefbombenattentäter.

Ins Fadenkreuz der Fahnder brachte sich Honsik selbst: Nach dem Briefbombenanschlag auf Helmut Zilk im Dezember 1993 meldete er sich in einem fünfseitigen Brief bei dem schwerverletzten Wiener Bürgermeister. Er drohte unverhohlen: „Jetzt sollte von Ihrer Seite endlich über die Sinnhaftigkeit der Ausgrenzung und der Hetze gegen >Rechte< in Österreich nachgedacht werden. Die Anklageerhebung gegen zahllose Bürger wegen deren gewaltlos vertretener Meinung und die zahllosen Terrorurteile haben nur der Stimmung genützt, die angeblich bekämpft werden sollte...“

Brisant für die Fahnder ist hierbei, daß Honsik bereits zwei Tage nach dem Anschlag auf Zilk über die perfekte Konstruktion der Bomben Bescheid wußte. Zur Sache selbst konnte Honsik nicht befragt werden. Am 5. Mai 1992 war er in Österreich wegen NS-Wiederbetätigung zu einhalb Jahren unbedingter Freiheitsstrafe verurteilt worden und flüchtete postwendend ins sonnige Spanien.

Im November 1995 entschied das oberste spanische Strafgericht in letzter Instanz, daß ein österreichischer Antrag auf Auslieferung von Honsik abgelehnt wird. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß die Leugnung des industriell betriebenen Massenmordes an Juden in Spanien erst seit Mai 1995 strafbar sei, Honsiks Verurteilung jedoch auf Handhabungen beruhe, die bereits 1986 und 1989 begangen wurden.

„Retter des Abendlandes“

In den 20.000 Seiten umfassenden Ermittlungsakten in Sachen „Briefbombenterror“ werden im Kapitel IV („Die Verdächtigen“) auf rund 30 Seiten weitere Verdachtsmomente gegen Honsik aufgelistet. Ein möglicher „Selbstleger“ des Täters, schreibt das Nachrichtenmagazin NEWS, dem die Akten exklusiv vorliegen, sei der Brief von Honsik an Zilk, den er mit der Hand verfaßt hatte. Auszug aus den Akten: „Die Schreibweise der Ziffern durch Honsik weist eine gewisse Ähnlichkeit mit jener auf den Trägerkartons der Briefbomben auf.“ Ebenso „stimmte“ eine Ausgabe seiner antisemitischen Hetzpostille „Halt“, die neuerdings von Tschechien aus versandt wird, in „Schriftart und Typenabstand mit jenen auf den Kuverts der Bomben“ überein.

Die Recherchen zeigen laut NEWS auf, daß sich die Täter vor jedem Anschlag zuerst einen Plan aus historischen Figuren und Orten zurechtlegten und sich dann ein „passendes“ Opfer auswählen. Grundlage für dieses Planspiel soll das Buch „Das Kriegsjahr 1683“ sein. Vorbild des „Bombenhirns“ ist die Hauptfigur des Buches: Ernst Rüdiger Graf Starhemberg, der Verteidiger von Wien. Auszug aus den Akten: „Möglicherweise wurde in dem Planspiel die Rolle des Graf Starhemberg, der die Stadt von den Türken befreien muß, Gerd Honsik zugeordnet.“ Starhemberg gilt in rechtsextremen Kreisen im gesamten deutschsprachigen Raum als Idol. So kürte ihn die ewiggestrige „Deutsche National-Zeitung“ (DNZ) unlängst zum „Retter des Abendlandes“ und das neurechte Ideologieorgan „Europa vorn“ trauerte im Januar dem Kampfgeist des Grafen nach: „Damals wußten die Menschen noch, wofür sie kämpften. - Jetzt hat die europäisch-türkische Zollunion, Vorstufe zur politischen Vereinigung, den Türken die Tore Wiens aufgestoßen.“

Honsik (10. Oktober 1941 geboren) jedenfalls scheint zu wissen, wofür er kämpft. Schon seine Mutter, Witwe eines SS-Offiziers, war überzeugte Nationalsozialistin, sein Onkel Amon Goeth, tat sich einst als berüchtigter Kommandant des NS-Konzentrationslagers Plasov bei Krakau hervor. Zur Durchsetzung seiner Ziele schreckt Honsik, wie sein politischer Werdegang aufweist, vor Terror nicht zurück: Als 20jähriger warf er mit zwei weiteren Gesinnungskameraden eine Brandbombe gegen die italienische Botschaft und trainierte später mit seiner „Nationalen Front“ in „Wehrsportü-

bungen“ die „Beseitigung des Systems“. Deren Ziel: die Rückkehr zum Führerstaat und die Zerschlagung der parlamentarischen Demokratie.

Vor wenigen Tagen hat Honsik ein Buch unter dem Titel „Sein letzter Fall. Dr. Schaller für Honsik gegen Wiesenthal“ veröffentlicht. Herbert Schaller, Oberstleutnant a.D., zählt zum Kreis revisionistischer Rechtsanwälte in Westeuropa. Verteidigt hat er u.a. den Nazi-Generalmajor a.D. Otto Ernst Remar. Dieser floh, ebenso wie Honsik, nach seiner rechtskräftigen Verurteilung wegen Volksverhetzung nach Spanien.

Anton Maegerle

Vernetzter Widerstand

In Lüdenscheid erscheint seit vergangenem Jahr die neonazistische Zeitschrift „Widerstand“. Preserechtlich Verantwortlicher ist der ehemalige Kader der verbotenen „Nationalistischen Front“ (NF) Harald Theodor Mehr (25). „Die Zeitung der volkstreuen Deutschen“, so der Untertitel, hat sich die Vernetzung und Schulung der militanten Szene zum Ziel gesetzt. „Widerstand“ will außerdem durch die Vorstellung von phantasievollen Propagandaaktionen und Hinweisen zum öffentlichen – volksnahen – Auftreten dazu beitragen, das volkstreue Gedankengut verstärkt in das deutsche Volk hineinzutragen.“

In der ersten Ausgabe wurde ein Interview mit einem „Herrn Sterber, Schulungsleiter des ‘Deutschen Kolleg’“ in Berlin veröffentlicht. Das „Deutsche Kolleg“, vormals „Berliner Gespräch, um Helge Drescher ging aus einem Lesekreis der „Jungen Freiheit“ hervor und versucht, gleich dem Ansatz von „Widerstand“, die Vernetzung der Völkischen „voranzutreiben“. „Zeitungen und Zeitschriften dienen als Forum der Diskussion und vermitteln nach außen den Willen zu Widerstand und Neuordnung“, so Sterber im „Widerstand“ 1/95 vom vergangenen Herbst. In der zweiten Ausgabe kam der braune Barde Frank Rennicke (31) zu Wort. Verschiedene Beiträge des „Deutschen Rechtsbüros“ sollen die juristischen Grundkenntnisse der Kameraden verbessern. Die Adressenliste umfaßte neben dem „Deutschen Rechtsbüro“ und den diversen „Nationalen Infotelefonen“ und den Mailboxen des neonazistischen „Thule-Net-

zes“ auch zahlreiche Zeitschriften. Der „Umbruch“ Steffen Hupkas (33) erscheint ebenso auf der Liste wie die altnazistischen „Leithefte“ ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS, die „Nordische Zeitung“ aus dem Hause Jürgen Rieger, „Recht und Wahrheit“, „Angriff“ und „Nation und Europa“, dem wichtigsten Periodikum der rechtsextremen Szene.

Trink- und Ruffhörner für die Szene

Des weiteren findet sich im „Widerstand“ vor allem Werbung für den Lüdenscheider „Donner-Versand“, der von Harald Th. Mehr und Stefan Haase betrieben wird. Der aktuelle Katalog des „Donner-Versand“ hat 56 Seiten. Das Angebot umfaßt Bücher, Tonträger, Videofilme und Devotionalien aller Art. Mit Bronze-Büsten von Hindenburg, Bismarck und Landsern, Schwertern und Messern, Trink- und Ruffhörnern, Koppelschlössern, Ansteckern und Aufnähern, Textilien und Militaria kann sich die militante Szene per Versand via Lüdenscheid eindecken. Vergangenen Dezember fand eine Hausdurchsuchung in den Räumlichkeiten des „Donner-Versand“ statt. Anlaß war der Verdacht auf Volksverhetzung bedingt durch einen Aufnäher „Unsere Ehre heißt Treue“. Anzeigen des „Donner-Versand“ tauchen in zahlreichen Postillen der neonazistischen Szene, aber auch in „Recht und Wahrheit“, der „Deutschen Stimme“ oder in den NPD-nahen Blättchen „Freiheit Wattenscheid“ und „Freies Wort Südwestfalen“ auf. Im „Widerstand“ wiederum werben das frühere Organ der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) „Einheit und Kampf“ und der Tonträgervertrieb des JN-Funktionärs Jens Pühse aus Freising mit Anzeigen.

Der vorbestrafte Neonazi Mehr war in der Vergangenheit bereits für zwei Periodika verantwortlich. Ende der 80er Jahre verlegte Mehr ein „nationales Jugendmagazin“ mit dem Titel „Freiheit“. 1991 bis 1993 erschien die Zeitschrift „Revolte“. Der Aufmacher der ersten Ausgabe von „Revolte“ war ein Interview mit dem damaligen Generalsekretär der inzwischen verbotenen „Nationalistischen Front“, Meinolf Schönborn (40). 1992 schloß sich Mehr anläßlich der Trennung der NF Andreas Siegfried Pohl (36) an. Trotz Verbots der „Nationalistischen Front“ Ende 1992 gehen die Aktivitäten von Mehr, Haase und Co. bis heute unvermindert weiter.

Sönke Braasch

„Fritz“ und „Das Ostpreußenblatt“:

Revanchismus für Jung und Alt

Die militärische Befreiung vom Nationalsozialismus am 8. Mai 1945 wird zur „schlimmsten Katastrophe“ erhoben, die Sozialdemokratie unter dem Friedenskanzler Willy Brandt als „naive Manövriermasse“ abgetan, die Bundesrepublik als „eine Art vergrößerte DDR“ diffamiert, das „Aussterben des deutschen Volkes“ apokalyptisch an die Wand gemalt - und selbstredend: „Ost-Deutschland in den Grenzen von 1937“ („d.h. Ostpreußen in den Grenzen seit 1422!“) gehört zu uns.

Solche Aussagen finden sich allesamt in der November-Ausgabe 1995 der erstmals im November 1991 erschienenen Zeitung „Fritz“ (Auflage: ca. 5.000 Exemplare). „Nation+Europa“, führendes ideenpolitisches Organ von bundesdeutschen Rechtsextremisten jeglicher Couleur, stuft „Fritz“ demgemäß als „junge, zukunftsorientierte und patriotische Zeitschrift“ ein, die durch „herzhaftes Festhalten am deutschen Osten“ positiv auffalle. Aufgefallen ist „Fritz“ auch dem für Beobachtung extremistischer Positionen zuständigen Bundesamt für Verfassungsschutz. Die Kölner Behörde sammelt „Informationen im Zusammenhang mit dieser Schrift“ und wertet sie – so das Bundesministerium des Innern – auch aus.

Die selbsternannte „Junge Zeitung für Deutschland“ ist jedoch keine x-beliebige Neonazi-Postille, sondern das Organ der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO), der offiziellen Jugendorganisation der „Landsmannschaft Ostpreußen“ (LO).

„Ostpreußen ist nicht Alaska“

Gegründet wurde die heute ca. 1.000 Mitglieder starke JLO (Stimmrecht hat jeder von 14 bis 35, Ältere sind als fördernde Mitglieder willkommen) im April 1991 als Konkurrenz zur „Gemeinschaft Junges Ostpreußen“ (GJO). Deren Führung war teilweise identisch mit der auf Versöhnung bedachten „Deutschen Jugend in Europa“ (DJÖ) - was zu Spannungen zwischen der GJO und der revanchistischen LO führte. Kurzerhand wurde dann mit Hilfe der LO die JLO gegründet. Die

Delegierten des offiziellen JLO-Gründungskongresses verabschiedeten einstimmig und ohne Enthaltung ein „Würzburger Bekenntnis“, in dem u.a. „die Wahrung und Vollendung der nationalen Einheit aller Deutschen“ sowie „die Volksgruppenrechte der Deutschen in den Oder-Neiße-Gebieten, insbesondere in Ostpreußen“ gefordert werden. Verabschiedet wurde ebenso eine „Entschliebung zum deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag“, in der es heißt: „Die Oder-Neiße-Linie ist nicht das Ergebnis von Verhandlungen; es gibt weder einen rechtlichen noch einen moralischen, noch einen historischen Titel für ihre Begründung.“ Die JLO (Slogan: „Ostpreußen ist nicht Alaska“) betrachte deshalb „die rechtliche Fixierung der deutschen Ostgrenze als bedenklichen Bruch im völkerrechtlichen Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland“.

Geführt wird die JLO – der rechtsintellektuellen Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF) zufolge der „erfolgreichste Vertriebenen-Jugendverband“ – von Bernhard Knapstein (Vorgänger: Rüdiger Stolle, Mitglied der „Deutschen Hochschulgilde“), zugleich politischer Referent der Kölner Burschenschaft Germania und einst Pressesprecher der Einmann-Gruppe „Hofgeismarer Kreis-Rheinland“, der auf der letzten JLO-Bundesversammlung in Bad Pyrmont im Oktober 1995 zum Bundesvorsitzenden gekürt wurde.

Gastredner auf der JLO-Bundesversammlung war Wilhelm von Gottberg, seit November 1992 Bundessprecher der LO, der nach Eigenangaben „weit über 500.000 Menschen“ angehören sollen.

Über Gottberg, Vizepräsident des „Bundes der Vertriebenen“, JF-Interviewpartner, wußte „Nation+Europa“ im Sommer 1994 zu berichten, daß sich „die früher unionsfixierte Landsmannschaft Ostpreußen aus der parteipolitischen Umklammerung zu befreien und neue Verbündete“ zu suchen scheine. So berichtete Gottberg stolz bei der jüngsten Versammlung der Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), dem obersten Beschlußorgan der LO, das am 4./5. November 1995 in Bad Kissingen tagte, daß der „Bund Freier Bürger“ die LO-Formulierungshilfen für das Parteiprogramm bezüglich Ostpolitik und Oder-Neiße-Grenze „fast vollständig“ in sein Parteiprogramm übernommen habe.

Stellvertreter Gottbergs bei der LO ist u.a. Wolfgang Thüne, BdV-Landesvorsitzender und Vorsit-

zender der Landsmannschaft Ostpreußen Rheinland-Pfalz sowie einst Landesvorsitzender der Paneuropa-Union Rheinland-Pfalz, der u.a. schon für „Criticon“, „Code“, das „Deutschlandjournal“, eine Publikation der „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“ (Hamburg), und den Hohenrain-Verlag zur Feder griff.

Als Organ dient der LO das am 5. April 1950 erstmals erschienene „Ostpreußenblatt“ (seit dem 1. April 1973 führt „Das Ostpreußenblatt“ auf der Titelseite in seinem Kopf die Unterzeile „Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland“) mit einer Auflage von ca. 40.000 Exemplaren und rund 200.000 Lesern in „34 Ländern der Erde“ (Eigenangaben).

Das Brückenspektrum grüßt

Die Autoren des „Ostpreußenblattes“ beackern nicht nur die Anliegen der Vertriebenen, sondern nehmen vorwiegend auch zu innen- und außenpolitischen Themen Stellung. Im Mittelpunkt stehen Themenfelder wie Geschichtsrevisionismus, Nationalismus und Multi-Kulti; der Wochenzeitung kommt somit eine tragende Rolle in der Grauzone zwischen Rechtskonservatismus und Rechtsextremismus zu. Dies dokumentieren auch Autoren wie Fritjof Berg (einst Funktionär der „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung“ und heute Vorsitzender der „Stadtgemeinschaft Königsberg“), Alfred Mechtersheimer (Sprecher von „Friedensforum 2000“), Hannes Kaschkat (Kuratoriumsmitglied der „Stiftung Ostpreußen“), Werner Obst (Referent beim „Kulturwerk Österreich“), Alfred de Zayas (Kuratoriumsmitglied der Deutschen Sektion der „Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte“), Hans-Joachim von Leesen (Ex-Geschäftsführer des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes), Gerd Komossa (Präsident der „Gesellschaft für die Einheit Deutschlands“), Richard Eichler (Träger des „Goldenen Ehrenringes“ des „Deutschen Kulturwerks Europäischen Geistes“), Andreas Molau (Chefredakteur der VGB-Reihe „Deutsche Geschichte“), Martin Pabst (Mitglied des „Witiko-Bundes“), Alfred Schickel („Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt“), Klaus Rainer Röhl (Mitinitiator des Aufrufs zum 8. Mai „Gegen das Vergessen“), Helmut Kamphausen (Tagungsteilnehmer beim Lesertreffen von „Recht und Wahrheit“ 1933) und Rigolf Hennig (Funktionär der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“).

Mit Anzeigen warten u.a. die Verlage „Arndt“

(Kiel) und „Hohenrain“ (Tübingen/Baden-Württemberg) auf; Werbung schalten regelmäßig die „Konservativen Gesprächs- und Arbeitskreise in Deutschland und Österreich“ (Kontaktadresse: Dresden/Sachsen).

Die österreichische rechtsextreme Monatszeitschrift „Eckartbote“ erklärt unumwunden zum „Ostpreußenblatt“: „In der Fülle der heimat- und landsmannschaftlich bezogenen Blätter ist es das umfangreichste und ausagekräftigste mit dem besten politischen und zeitgeschichtlichen Redaktionsstab.“

Die redaktionelle Leitung des „Ostpreußenblattes“ obliegt seit dem 1. April 1995 Horst Stein, der zuvor u.a. Leiter der Hamburger Redaktion der WELT und später verantwortlicher Redakteur der „Geistigen Welt“ war. Stein löste im Amt des Chefredakteurs den am 23. März letzten Jahres verstorbenen Rheinländer Hugo Wellems (Chefredakteure zuvor: Martin Kakies, Eitel Kaper) ab, der zeitweilig Mitarbeiter im Reichspropagandaministerium von Goebbels war.

Für das „Ostpreußenblatt“ erhielt die LO letztmalig aus dem Bundeshaushalt 1991 eine Zuwendung in Höhe von 18.580 Mark, Zuwendungsgeber war das Gesamtdeutsche Institut-Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben. Finanziell knausern müssen die „Ostpreußen“ jedoch nicht. 1994 erhielt die LO unmittelbar aus dem Bundeshaushalt im Bereich der Vertriebenenarbeit ca. 671.000 Mark (1993: ca. 457.000 Mark). Zusätzlich gab es 1994 11.000 Mark (1993: 13.500 Mark) von der Bundeszentrale für politische Bildung. Ebenso wurde im selben Jahr ein JLO-Seminar mit 7.340 Mark mit Mitteln des Bundeshaushaltes gesponsert.

Anton Maegerle

Hinweis

In der BNR-Ausgabe 4/96 hat sich im Interview mit Ernst Uhrlau, Leiter des Hamburger Landesamts für Verfassungsschutz, auf S. 4 leider ein Druckfehler eingeschlichen. Es muß natürlich heißen: „...zur Frage der Notwendigkeit und Zulässigkeit“ statt „...Zuverlässigkeit“!

BÜCHERSCHAU

Der Schoß ist fruchtbar noch

„Wer von uns wacht hier und warnt uns, wenn die neuen Henker kommen?“ Nichts sonst als dieses Zitat aus „Nacht und Nebel“ von Jean Cayrol/Paul Celan könnte besser verdeutlichen, warum Berichte wie der von Ingeborg Bayer über den Nationalsozialismus von Weimar bis heute so wichtig sind. Denn, auch fünfzig Jahre nach dem Ende des 3. Reiches gilt die Aussage B. Brechts in „Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui“ tagtäglich weiter: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“. Alle Verbote, Gegenmaßnahmen, so wichtig sie sind, scheinen hinter der Wirklichkeit herzuhinken, die Gegenwehr muß deshalb in den Köpfen beginnen. Darauf zielt der Bericht, der ausgelöst wurde durch ein der Autorin ins Auge gefallenes Schreiben eines beflissenen deutschen Beamten, der mit Vorschlägen zur Verbesserung von Vergasungswagen bei seinen Oberen Punkte zu machen suchte. Solche und ähnliche Dokumente wollte die Autorin folglich mit dem Ende der 70er Jahre entstandenen Buch vornehmlich jungen Menschen vertraut machen, um vor dem Vergessen zu bewahren und immun zu machen gegen Wiederholungen. Der Bericht ist denn auch weniger ein Literaturbericht, als die Frucht von Archivarbeit und die Befragung von Zeitzeugen.

Dokumentiert werden - ohne Anspruch auf die Vollständigkeit eines Geschichtsbuchs, sondern festgemacht an den Schwerpunkten - die Vorgeschichte des Nationalsozialismus, die Zeit von 1933 bis 1945 sowie ihre Nachwirkungen. Das Ziel ist, die jungen Menschen zum kritischen Nachdenken anzuregen, zum Teil aus der Erkenntnis der Autorin über ihre eigene Geschichte im Nationalsozialismus: „Ich fürchte, wir alle haben uns damals nicht allzuviel und intensiv mit uns beschäf-

tigt“. In diesem Zusammenhang hat die Autorin bei Schülern die Wirkung von Hitler und seinem Programm abgefragt. Die Wiederholung dieser Befragung für die jetzt erschiene-ne Neuauflage macht bemerkenswerte Vergleiche über die Veränderung des Rechtsextremismus im Laufe der vergangenen 15 Jahre deutlich. Der organisierte Rechtsextremismus ist heute weniger auf politische Ziele (etwa die Ostverträge) gerichtet als populistisch ausgerichtet, die Masse der Anhänger ist jünger geworden, darunter zunehmend Schüler und weniger Facharbeiter, die Logistik ist moderner, die Bereitschaft sich zu bekennen, gewachsen. Bei der Befragung nach der mutmaßlichen Reaktion junger Menschen auf die Wiederkehr eines Hitlers registriert die Autorin eine gesunkene Bereitschaft zum Widerstand sowie eine gestiegene Neigung zum Abtauchen und Anpassen.

Die 1979 erschienene Erstauflage wurde von der Friedrich-Ebert-Stiftung als „Das politische Buch des Jahres“ ausgezeichnet.

Bei den reichlichen Zitaten hätte es sich empfohlen, die Quellenangaben nicht in den Anhang zu verbannen, denn der unvermittelte Übergang vom Bericht zur Dokumentation läßt leicht eine Art „Jenninger-Effekt“ entstehen. Das 1979 entstandene hilfreiche Kapitel von der schwierigen Suche nach der Wahrheit hätte angesichts der erst nach der Erstausgabe einsetzenden zunehmenden Auseinandersetzung mit Revisionismus und der dabei entstandenen Fülle von Argumentations- und Überzeugungshilfen eine Ergänzung verdient.

Leider ist die Hoffnung der Autorin nicht in Erfüllung gegangen, das 1979 entstandene Kapitel „Wehret den Anfängen“ werde in eine Neuauflage nicht mehr aufgenommen werden müssen.

Ingeborg Bayer, Ehe alles Legende wird. Der Nationalsozialismus in Deutschland von Weimar bis heute - Berichte und Dokumente, 1979/Erw. Neuausgabe Würzburg 1995, 286 S., DM 39,80.

Klaus-Henning Rosen

BÜCHERSCHAU

**Kämpfer gegen
die Moderne**

Seit dem Aufkommen einer intellektuellen „Neuen Rechten“ ist auch das Interesse an deren geistigem Vorbild, der „Konservativen Revolution“, gestiegen. Es handelt sich dabei um eine nicht homogene Gruppe von Intellektuellen, die sich als Vertreter eines „antidemokratischen Denkens“ (Kurt Sontheimer) betätigten und großen Anteil an der ideologischen Delegitimation der Weimarer Republik hatten. Der Mannheimer Historiker Rolf Peter Sieferle widmete sich dieser Geistesströmung in seinem Buch „Die Konservative Revolution“ anhand von fünf biographischen Skizzen, welche insbesondere das Verhältnis der portraitierten Protagonisten zur technischen Zivilisation als Ausdruck der Moderne untersuchen wollen.

Zunächst markiert der Autor allerdings die Umrisse des gesamten symbolischen Feldes der „Konservativen Revolution“ als ideengeschichtliches Phänomen, wobei idealtypisch unterschieden werden: der völkische Komplex, der Komplex des nationalen Sozialismus, der Komplex des revolutionären Nationalismus, der aktivistisch-vitale Komplex und der Komplex des biologischen Naturalismus. Die damit zusammenhängenden ideologischen Figuren, so die These von Sieferle, finden sich in unterschiedlicher Kombination bei den jeweiligen Vertretern der „Konservativen Revolution“: Portraitiert werden dann anschließend der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Paul Lensch als Vertreter eines nationalen Sozialismus, der Soziologe Werner Sombart mit seinem resignierten Antikapitalismus, der Kulturphilosoph Oswald Spengler als Protagonist eines neuen Cäsarismus, der Schriftsteller Ernst Jünger mit seiner Vorstellung von revolutionärem Nationalismus und planetarischer Technik und der Soziologe Hans Freyer als Anhänger einer Auffassung von Technik als Rüstung des revolutionären Volkes.

Abschließend erörtert Sieferle noch gesondert das Verhältnis von „Konservativer Revo-

lution“ und Nationalsozialismus zu Modernität und Technokratie. Dabei geht er davon aus, daß beide politische Strömungen keineswegs in einem Gegensatz zur technologischen, sondern nur zur normativen Moderne standen. Eine differenzierte Einschätzung müsse die Gleichsetzung von deskriptiver und normativer Moderne aufgeben: „Konservative Revolution und Nationalsozialismus sind dann nicht als Alternativen zur Moderne, sondern als Entwürfe einer alternativen Moderne zu verstehen, die zum Glück gescheitert sind“ (S. 221). Beide geistige Strömungen waren nicht technikfeindlich, sondern wollten mit Hilfe der Technik die politische Moderne in Gestalt einer konstitutionellen und pluralistischen Demokratie überwinden.

In der Parallelität von politischer Reaktion und technischer Modernisierung macht Sieferle zutreffend einen wichtigen Faktor für die faszinierende Wirkung von „Konservativer Revolution“ und Nationalsozialismus für ihre zeitgenössischen Anhänger aus. Der Appell beider Strömungen „richtete sich ... nicht an die Kräfte des Ancien Régime, die ihre überkommenen Werte und Bestände verteidigen wollten, sondern an die Kräfte des ‘Neuen’: die Jugend, die Arbeiter, die Techniker. Seine Werte waren Heroismus, Energie, Körperlichkeit, Opferbereitschaft, Gemeinschaftssinn, Begeisterung für die moderne Technik, sofern sie Tempo, Expressivität, Klarheit und Härte repräsentierte“ (S. 14). Deutlich wird hier in der Tat, daß es notwendig ist zwischen einem normativen und technologischen Verständnis von Moderne zu unterscheiden, können doch mit den Mitteln von letzterem die Vorstellungen von ersterem bekämpft werden.

Insofern stellt die Untersuchung von Sieferle auch einen beachtenswerten Beitrag zur Diskussion um die Moderne dar. Etwas irritierend ist allerdings die Auswahl der portraitierten Protagonisten der „Konservativen Revolution“: Solch wichtige Vertreter wie Edgar Julius Jung, Arthur Moeller van den Bruck und Carl Schmitt werden nicht nur nicht portraitiert, sondern kommen auch in den sonstigen Darstellungen nur am Rande vor. Selbst wenn Sieferle dafür gute Gründe

anführen könnte, hätte er diese zumindest nennen können. So ist es jedenfalls unverständlich, daß diese drei herausragenden Vertreter der „Konservativen Revolution“ nicht gesondert gewürdigt werden. Die vorliegenden Portraits sind darüber hinaus eher essayistisch und lassen ab und an an Systematik zu wünschen übrig. Vergleiche zwischen den Auffassungen der einzelnen Protagonisten

findet man zwar, aber auch hier hätte dem ansonsten sehr interessanten Band eine einheitlicher Herangehensweise gut angestanden.

Rolf Peter Sieferle, Die Konservative Revolution. Fünf Biographische Skizzen, Frankfurt/M. 1995 (Fischer), 251 S., 19,90 DM

Armin Pfahl-Traughber

Empfehlenswerte Broschüren

In unregelmäßiger Folge veröffentlicht das Bundesministerium des Innern Texte zum politischen Extremismus. Sie sind zum Teil aus Vorträgen auf Seminarveranstaltungen hervorgegangen oder stellen Ergebnisse von Forschungsprojekten vor. Verschiedentlich sind auch Autoren des „blick nach rechts“ darin zu Wort gekommen.

In den vergangenen Jahren sind folgende Broschüren erschienen:

- * Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland (September 1991);
- * Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland (September 1991);
- * Aspekte der Inneren Sicherheit (Februar 1992);
- * Wehrhafte Demokratie und Rechtsextremismus (März 1992);
- * „Gemeinsame Verantwortung für den inneren Frieden“ (Sonderdruck einer gesellschaftlichen Fachtagung im Berliner Reichstag, 18. Oktober 1993);
- * Aktuelle Aspekte des Rechtsextremismus (November 1994), u.a. Armin Pfahl-Traughber, Rechtsextremistische Versuche zur Entlastung des Nationalsozialismus; Klaus-Henning Rosen, Lügen über Auschwitz-Geschichtsfälschung durch Revisionisten;
- * „Extremismus und Gewalt. Band IV“ (Texte zur Inneren Sicherheit, Dezember 1994);
- * Helmut Willems, Stefanie Würtz, Roland Eckert. Forschungsprojekt: Analyse fremdenfeindlicher Straftäter (Dezember 1994);
- * Wertewandel und innere Sicherheit“ (Sonderdruck einer gesellschaftspolitischen Fachtagung in Wiesbaden, 30. Januar 1995);
- * „Gewalt und Jugend“ (Texte zur Inneren Sicherheit, November 1995).

Die Texte sind, soweit noch vorhanden, zu beziehen beim Bundesministerium des Innern, Referat IS 7, Graurheindorfer Straße 198, 53177 Bonn.

Entwicklung rechtsextremer Straftaten

Nach Mitteilung von Innenminister Manfred Püchel (SPD) ist in Sachsen-Anhalt im vergangenen Jahr die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten auf 849 (1994: 777) Delikte angestiegen. Gegenüber dem Vorjahr bedeute dies einen Anstieg von 9,3 Prozent. Ein hoher Anteil (72,5 Prozent) darunter betreffe die sogenannten Propagandadelikte mit insgesamt 616 Vorfällen (1994: 532). Von den insgesamt 849 rechtsextremistischen Straftaten konnten 411 aufgeklärt werden. Unter den insgesamt 495 Tatverdächtigen befanden sich 463 Männer und 32 Frauen. Lediglich 8,7 Prozent der Tatverdächtigen waren über 30 Jahre alt; das Gros bildeten mit 63 Prozent Jugendliche zwischen 14 und 20 Jahren (darunter 37,4 Prozent 14 - 17 Jahre, 25,8 Prozent 18 - 20 Jahre); 15,3 Prozent waren 21 bis 24 Jahre alt und 6,3 Prozent 25 bis 29 Jahre. Einen Anstieg beobachtete der Innenminister auch bei den Straftaten mit fremdenfeindlichem (208; 1994:175) und antisemitischem Hintergrund (48; 1994:43). Einer von zwei Tötungsversuchen im vergangenen Jahr war fremdenfeindlich motiviert, in 42 Fällen von Körperverletzung waren 25 fremdenfeindlicher und ein Vorfall antisemitischer Motivation zuzurechnen. Insgesamt schlüsselt sich die Gesamtzahl der begangenen rechtsextremistischen Straftaten in 1995 (in Klammer die Vergleichszahl von 1994) wie folgt auf: Tötungsversuche 2 (1), Körperverletzung 42 (62), Brandstiftung 2 (8), Landfriedensbruch 13 (15), Sachbeschädigung 37 (61), Propagandadelikte 616 (532); darunter 68 mit fremdenfeindlichem und 15 mit antisemitischem Hintergrund, Störung des öffentlichen Friedens 2 (9), Volksverhetzung 77; darunter 72 fremdenfeindliche und 27 antisemitische Delikte (43; 40,15), Bedrohung 22 (18), Raub 4 (3) und andere Straftaten 32 (25) Vorfälle.

Tagebuch

Amsterdam (Niederlande) - Im Alter von 71 Jahren ist der Alt- und Neonazi E. Wolsink (geb.am 19.12.1924), während des 2. Weltkrieges Kämpfer in den Reihen der „Division Brandenburg“ (operierte hinter den Linien des „Feindes“), Mitbegründer der niederländischen „Wiking-Jugend, und bis zuletzt Mitglied der NSDAP/AO sowie der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS) verstorben. Wolsink galt bis zuletzt als „internationaler Koordinator des neonazistischen Terrors.

Basel (Schweiz) - Die Basler Staatsanwaltschaft hat das Buch „Geheimgesellschaften II“ aus dem bundesdeutschen Ewert-Verlag beschlagnahmt, da es möglicherweise gegen das Antirassismus-Gesetz (am 1. Januar 1995 in Kraft getreten) verstößt. Autor des Buches ist ebenso wie beim ersten Band „Geheimgesellschaften und ihre Macht im 20. Jahrhundert. Ein Wegweiser durch die Verstrickungen von Logentum und Hochfinanz“ ein Jan van Helsing. Empfohlen werden beide Bücher von der Schweizer Sekte „Universale Kirche“, die sich durch antisemitische Umtriebe auszeichnet. Im ersten Band, von dem rund 70.000 Exemplare abgesetzt sind, werden die „Protokolle der Weisen von Zion“, eine „Fälschung aus der Mottenkiste des Antisemitismus“ (Jürg Frischknecht), aufgewärmt.

Berlin - Arnulf Priem, 1967 aus der DDR in die Bundesrepublik abgeschoben und seit Ende der 70er Jahre einer der führenden Köpfe der neonazistischen Szene (Ex-Landesvorsitzender der zwischenzeitlich verbotenen „Deutschen Alternative“, Gründer der neuheidnischen Neonazi-Grüppchen „Wotans Volk“ und „Asgard-Bund“), gilt neuerdings in seinen eigenen Reihen als „Verräter“. Erst kürzlich wurde im „Thule“-Mailbox-Netz ein Text gepostet (Absender: „Schlächter“), in dem vor Priem gewarnt wird. Priem wird vorgeworfen, zugunsten seiner Person mit der Berliner Staatsanwaltschaft zusammengearbeitet und dabei seine Gesinnungskameraden hingelassen zu haben. Die „Thule“-Mailbox urteilte nun über Priem: „Der „Verlust“ von ihm ist „kein Weltuntergang, sondern eher ein SELBST-REINIGUNGSPROZESS!!!“.

Berlin - Der Unionsrechte Heinrich Lummer, Autor in der „Jungen Freiheit“ hat zur Gründung eines Landesforums Berlin des „Christlich-Konservativen Deutschland-Forums“ (CKDF) aufgerufen. Anfang

März war dazu unter Teilnahme von CKDF-Bundesgeschäftsführer Franz Böttkes ein erstes Vorbereitungstreffen in Berlin-Wilmersdorf geplant. Das 1992 gegründete „Christlich-Konservative Deutschland-Forum“ soll nach eigenen Angaben über rund 1.500 Mitglieder und bisher sieben Landesverbände verfügen.

Berlin - Die Berliner Polizei hat sieben Neonazis festgenommen, die die Gründung einer Organisation „Weißer Arischer Widerstand“ vorbereiten wollten. Die Festgenommenen sollen „Wehrsportübungen“ durchgeführt und auch ein Waffenlager unterhalten haben. Gegen die zwei Rädelsführer sei Haftbefehl erlassen worden. Bei elf Wohnungsdurchsuchungen wurde rechtsextremistisches Propagandamaterial sichergestellt.

Bienebek (Schleswig-Holstein) - Otto Kumm, Gründer der HIAG, ehemaliger SS-Brigadeführer und Generalmajor der Waffen-SS (SS-Nr. 18.727) sowie letzter Kommandeur der 1.SS-Panzerdivision „Leibstandarte SS Adolf Hitler“, gibt in der Februar-Ausgabe der Monatszeitschrift „Der Freiwillige“ den Tod „unserer Prinzessin“ Ingeborg-Alix Prinzessin Stephan zu Schaumburg-Lippe, Herzogin zu Oldenburg, die im Alter von 94 verstorben ist, bekannt. Laut Kumm war die „Prinzessin“ lange Jahre Ehrengast bei Treffen des SS-Regiments „Der Führer“ und seit dem Beginn der HIAG mit ihrem Hilfswerk „Helfende Hände“ „unsere große finanzielle Unterstützung“.

Bonn - Im vergangenen Jahr hat es in Deutschland acht Versuche gegeben, Ausländer aus fremdenfeindlicher Motivation umzubringen. Dies teilte die Bundesregierung auf eine entsprechende kleine Anfrage der PDS-Bundestagsfraktion mit.

Coburg (Bayern) - Am 23./24. März findet das 20. Südafrika-Seminar des 1976 gegründeten ultrarechten „Hilfskomitees Südliches Afrika“ (HSA; Sitz: Coburg) statt. Geworben wird für die Veranstaltung in „Nation & Europa“ (NE), dem Sprachrohr bundesdeutscher Rechtsextremisten jeglicher Couleur. HSA-Vorsitzender ist seit 1994 der Geologe Dr. Olaf Dillmann aus Münster, der auch bei der Jahrestagung des rassistischen „Nordischen Rings“ als Referent in Erscheinung getreten ist. Gründungsinitiatoren des HSA (Jahresmitgliedschaft mindestens DM 12.—), das 1992 dem „Förderverein deutscher Schulvereine“ in Namibia beigetreten ist, sind Peter Dehoust, Mitherausgeber von „Nation & Europa“ (Sitz: Coburg), und der germanengläubige

Neuheide Klaus Dieter Ludwig. Der politische Werdegang von Dehoust und Ludwig begann einst Ende der fünfziger Jahre im chauvinistischen „Bund Nationaler Studenten“ (BNS). Parteipolitisch engagieren sich Dehoust und Ludwig bei der neonazistischen „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH).

Fulda/Göttingen - Der 26jährige Neonazi Thorsten Heise, einst Landesvorsitzender der verbotenen FAP ist vom Amtsgericht Fulda rechtskräftig zu einer Geldstrafe in Höhe von DM 2.700,— verurteilt worden. Das Amtsgericht Fulda hatte gegen den mehrfach vorbestraften Heise im Herbst vergangenen Jahres wegen Tragens einer verbotenen Uniform beim „Rudolf-Hess-Gedenkmarsch“ im August 1993 in Fulda einen Strafbefehl in gleicher Höhe erlassen. Heise hatte gegen den Strafbefehl Einspruch eingelegt, war aber jetzt zur Verhandlung nicht persönlich erschienen, so daß die Strafe „rechtskräftig“ wurde. Das Landgericht Göttingen hat unlängst die Bewährung, zu der der Neonazi-Funktionär 1991 verurteilt worden war, widerrufen. Heise war 1991 wegen Landfriedensbruch, schwerer Körperverletzung u.a. zu einer zweijährigen Jugendstrafe auf Bewährung vergattert worden. Diese Strafe muß er nun möglicherweise noch absitzen.

Garching (Bayern) - Die 1918 gegründete „Deutsch-Ukrainische Gesellschaft e.V.“ (DUG; Zustelladresse: Garching) fordert in ihrem vierteljährlich erscheinenden Organ „Die Ukraine“ (Jg.78) ihre Mitglieder zu Spenden auf, da „so viele wertvolle Projekte“ mangels finanzieller Unterstützung auf Eis liegen. An der Spitze der Organisation steht Horst-Rudolf Überlacker, einst REP-Kreisvorsitzender München-Land und heute u.a. stellvertretender Bundesvorsitzender des „Witikobundes“ sowie Vorstandsmitglied der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ (SL).

Garmisch (Bayern) - Vom 29. März bis zum 3. April findet die diesjährige Jahrestagung des Vereins „Die Deutschen Konservativen“ im bayerischen Garmisch an der Zugspitze statt. Tagungsschwerpunkt ist u.a. „Die drohende Volksfront in Deutschland“ (Motto: „Freiheit - statt Lafontaine, PDS und Grüne“). Als Referent ist u.a. der CDU-Bundestagsabgeordnete Heinrich Lummer vorgesehen. Zu Ende der Tagung soll eine „Wählerinitiative gegen Links“ aus der Taufe gehoben werden. Joachim Siegerist (geb. am 29. Januar 1947), Vorsitzender des 1986 von ihm gegründeten rechtsextremen Vereins „Die Deutschen Konservativen“ und

Führer der im November 1994 von ihm ins Leben gerufenen ultranationalistischen Partei „Für Lettland“ (Latvijai), schreibt dazu in seinem jüngsten Rundbrief (Januar): „Wir dürfen es nicht zulassen, daß Lafontaine Kanzler wird - und PDS und Grüne ins Bundeskabinett kommen. Dann wäre es wirklich aus mit Deutschland.“

Siegerists Sprachstil ist nach Auffassung der Bundesregierung „zum Teil mit ausländerfeindlichem und antisemitischem Inhalt“ gespickt. So sprach dieser in einem Rundschreiben von „Strolchen aus dem Jüdischen Weltkongreß und fanatischen Juden aus Israel“, die „Deutschland... in den Staub“ drücken wollten und wertete Ignatz Bubis, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, als einen „schwer zu ertragenden Mann“ ab.

Graz / Gols / St.Leonhard (Österreich) - Auf „geschlossenen Veranstaltungen privater Natur“ referiert das einstige Mitglied der Waffen-SS, Herbert Schweiger (geb. 1924 in Neuburg/Mürz; heute im österreichischen Mürzzuschlag wohnhaft), eine der zentralen Führungsfiguren des österreichischen Rechtsextremismus, derzeit in der Alpenrepublik zum Thema „Politik für das dritte Jahrtausend. Auf neuen Wegen zu neuen Zielen“. Organisiert wird die Tournee des Holocaustleugners Schweiger (siehe BNR 24/95) von seinem Gesinnungskameraden Robert Dürr (geb. 1956 in Nickelsdorf), ehemals FPÖ-Funktionär sowie Schriftleitungsmitglied der antisemitischen Zeitschrift „Sieg“ und jetziger Landesobmann der burgenländischen „Notwehrgemeinschaft der Bauern“.

Hamburg/Pärnu (Estland) - Die Hamburger HIAG („Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS“) führt im Juli erneut eine Fahrt nach Lettland zu den dortigen „lettischen Kameraden“ durch. Anmeldungen nimmt der Hamburger HIAG-Landesvorsitzende Franz Schmitz entgegen.

In der Februar-Ausgabe der Monatszeitschrift „Der Freiwillige“ (Untertitel: Für Einigkeit und Recht und Freiheit“), dem einstigen Organ der HIAG, das nun vom Osnabrücker Munin-Verlag herausgegeben wird, werden die „deutschen Kameraden“ vom „Bund der Freiheitskämpfer Estlands e.V.“ (namentlich: Karl Sirel) zu einem Treffen der estnischen „Freiheitskämpfer“ im Juli nach Pärnu eingeladen.

Jerusalem/Dresden - Ein Ehepaar aus Sachsen hat für seinen mutigen Einsatz für drei jüdische Zwangsarbeiter während der NS-Diktatur eine der

höchsten israelischen Auszeichnungen erhalten. Die Eheleute hatten kurz vor Kriegsende drei polnischen Häftlingen Zuflucht gewährt; noch drei Tage nach Kriegsende wurden jedoch der Ehemann Kurt Fuchs und einer der Zwangsarbeiter von der SS ermordet, die beiden übrigen konnten entkommen. Der Sächsin Herta Fuchs und posthum ihrem Ehemann Kurt wurde jetzt der Titel „Gerechte unter den Völkern“ verliehen.

Karlsruhe - Frischgebackener Sex-Star eines Fotoromans in der Softporno-Zeitschrift COUPE ist Oliver Klein, bis vor kurzem neonazistischer „Kameradschaftsführer“ in Karlsruhe. Noch 1993 zog Klein den Nahkampf mit gleichgesinnten Kameraden weiblichen Reizen vor. Beim traditionellen Pfingstlager der „Wiking-Jugend“ in Hetendorf war Klein für den „Gau Schwaben“ (Baden-Württemberg) angetreten und kämpfte sich an die Spitze der 142 teilnehmenden „Jungen und Mädels“; nachzulesen im März-Organ „Der Wikinger“.

Die öffentlichkeitswirksamen Sex-Spielchen des Kameraden Klein bringen seinen braunesinnten Freundeskreis nun auf die Palme. Im neonazistischen Mailboxverbund „Thule“ schreibt ein „Stoffel“ über den COUPE-Auftritt von Klein entsetzt: „>Olivia< treibt's dort mit allerlei Mädels und ist sich nicht zu schade, als Transvestit in Damen-Strapsen herumzuspringen.“

Klein, der sich auch heute noch als „volkstreu“ versteht und „weiter nationale Politik betreiben“ will, sieht die Softporno-Geschichte (Fortsetzung im März) nüchterner: Da „gibt's geile Frauen und es bringt Geld!“

Lübeck/München - Mit der „Schandtät von Lübeck“, die „Politiker etablierter Parteien und tonangebende Organe der Meinungsindustrie“ in ein „ausländerfeindliches Verbrechen“ umfälschen wollten, versucht der geschäftstüchtige Verleger Dr. Gerhard Frey Kasse zu machen. Da es in Deutschland nicht so weitergehen könne, „wenn das deutsche Volk seine Heimat und sein Vaterland erhalten will“, ruft Frey in der „Deutschen-National-Zeitung“ (23.2.1996) zu einer Geldspende für die schleswig-holsteinische DVU auf.

Madrid (Spanien) - Der spanische Oberste Gerichtshof in Madrid hat entschieden, den Altnazi Generalmajor a.D. Otto-Ernst Remer nicht an Deutschland auszuliefern. Das Gericht stellte sich damit der Auffassung der spanischen Regierung entgegen, die eine Auslieferung Remers an Deutschland befürwortete. Der Altnazi war 1992 vom Land-

gericht Schweinfurt wegen Leugnens des Holocaust zu einer Freiheitsstrafe von 22 Monaten verurteilt worden und hatte sich 1994 vor seinem Haftantritt nach Spanien abgesetzt. Aufgrund internationalen Haftbefehls war Remer im Juni 1994 in Malaga festgenommen worden. Remers Antrag auf politisches Asyl wurde von der spanischen Regierung abgelehnt. Das spanische Oberste Gericht begründete seine Entscheidung damit, daß es im spanischen Strafgesetz keine Entsprechung zum deutschen Delikt der „Aufstachelung zum Rassenhaß“ oder zur „Auschwitz-Lüge“ gebe. Nach spanischem Gesetz werde nur der Aufruf zum Völkermord verfolgt. Dabei müsse es sich jedoch um eine direkte und öffentliche Anstiftung zum Mord oder zur Vertreibung von ethnischen oder religiösen Gruppen handeln. Dies treffe im Fall Remer nicht zu, der sich darauf beschränke, „die historische Wahrheit zu leugnen“.

Moskau/Washington - Der russische Ultranationalist Wladimir Schirinowskij hat nach einer Meldung in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ) dem amerikanischen Präsidentschaftskandidaten Pat Buchanan zu dessen Vorwählerfolg in New Hampshire gratuliert und ihm als „Waffenbruder“ einen „überzeugenden Sieg“ im November gewünscht. Die FAZ berichtete, daß Schirinowskij dem amerikanischen Rechtsaußen schriftlich vorgeschlagen habe, man könne später dann gemeinsam die Juden aus beiden Ländern deportieren. Bei einer Pressekonferenz in Moskau soll Schirinowskij, der sich selbst um das Amt des russischen Präsidenten bemüht, laut SPIEGEL (Nr.8/96) erklärt haben, er werde nach seiner Wahl im Juni damit beginnen, Nato-Divisionen aus Polen, Tschechien, Ungarn und Rumänien, auch unter Einsatz von Atomwaffen, zu verjagen.

München - Die rechtslastige „Automobile Steuerzahler-Partei“ (ASP) hat ihre Wahlpropaganda für den bleifüßigen Bürger - Motto: „Schluß mit der Öko-Lüge“ - mit dem Romantitel „Hurra, wir leben noch“ des in der Schweiz lebenden Erfolgsschriftstellers Johannes Mario Simmel geschmückt. Simmel sowie der Droemer-Knauer und Kindler-Verlag haben gegen die ASP deswegen rechtliche Schritte eingeleitet; bei jeder Zuwiderhandlung droht der ASP eine Vertragsstrafe von DM 5.000,—.

München - Hans-Dietrich Sander (geb.1928), Herausgeber der im 7. Jahrgang erscheinenden Monatszeitschrift „Staatsbriefe“ teilt seiner Leserschaft mit, daß nunmehr 1.000 Abonnenten sein Blatt regel-



mäßig beziehen. Sander zeigt sich vom mangelnden Interesse für die „Staatsbriefe“ stark betroffen. Die Schuld weist er dem „Liberalismus“ zu, der eine „Vermassung“ befördert habe, der das „Volk politisch handlungsunfähig“ macht. Ebenso zeigt sich Sander vom Werbeepekt bisheriger Lesertreffen enttäuscht.

Nürnberg - Der Nürnberger Oberstudienrat Hans-Jürgen Witzsch wurde am 28. Februar vom Amtsgericht Fürth wegen Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu einer Bewährungsstrafe von vier Monaten verurteilt. Der braune Lehrer, schon in der Vergangenheit einschlägig aufgefallen, hatte 1994 in zwei Briefen gegen „die Aufrechterhaltung von Geschichtslügen“ protestiert und die Existenz der Gaskammern angezweifelt. Im Frühjahr 1995 verurteilte das Bayerische Oberste Landesgericht Witzsch, der wiederholt den Holocaust leugnete, bereits wegen Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener letztinstanzlich zu einer Geldstrafe. Die Stadt Nürnberg hatte 1994 gegen den Deutsch- und Geschichtslehrer ein Disziplinarverfahren eingeleitet und ihn vorübergehend vom Dienst suspendiert. 1988 war Witzsch wegen seiner unsäglichen revisionistischen Propaganda vom Studiendirektor zum Oberstudienrat zurückgestuft worden; schon 1979 hatte sich die Gewerkschaft und 1982 die CSU von ihm getrennt.

Recklinghausen/München - Das Revanchistenblatt „Der Schlesier“ bietet in seinem Verlag als „Sensationstitel des Jahres“ ab sofort das Buch von David Korn, „Wer ist wer im Judentum. Lexikon der jüdischen Prominenz. Ihre Herkunft. Ihr Leben. Ihr Einfluß“ an. Erschienen ist das Machwerk im FZ-Verlag des DVU-Vorsitzenden Dr. Gerhard Frey.

Suhl (Thüringen) - Thomas Dienel (34), ehemaliger Führer der „Deutschen Nationalen Partei“ (DNP) und zuvor Landesvorsitzender der NPD, wurde vorzeitig aus der Haft entlassen. Dienel war zu viereinhalb Jahren verurteilt worden und saß von Dezember 1992 bis Dezember 1995 im Gefängnis.

Adresse:

Während seiner Inhaftierung wurde Dienel von der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ betreut.

Schwerin - In Mecklenburg-Vorpommern ist die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten 1995 auf 98 Vorfälle (1994: 78) gestiegen. Knapp 60 dieser Vorfälle hatten nach Angaben von Innenminister Rudi Geil einen fremdenfeindlichen Hintergrund. Die Zahl der militanten Rechtsextremisten in Mecklenburg-Vorpommern liegt nach Schätzungen des Verfassungsschutzes bei 500 Personen.

Wien (Österreich) - Der langjährige Starkolumnist der ultrarechten „Aula“, Franz-Xaver Seltsam, soll nach Informationen der „Jungen Freiheit“ (8/96) in ein südfranzösisches Kloster mit unbedingtem Schweigegebot eingetreten sein. Unklar ist, ob Seltsam mit diesem Schritt einer Strafverfolgung wegen NS-Wiederbetätigung entgehen wollte.

Wien - Johanna Grund (1989–1994 Parlamentarierin im Europäischen Parlament; zuerst für die „Republikaner“, später parteilos), vehemente Kritikerin der europäischen Einigung und fanatische Verfechterin des Anschlusses des italienischen Südtirol an Österreich, Autorin in „Nation & Europa“, dem „Schlesier“, den „Staatsbriefen“ sowie Leserbriefschreiberin in der antisemitischen Postille „Bauernschaft“, greift neuerdings auch für den „Eckartboten“, Organ der „österreichischen Landsmannschaft“ (ÖL), wieder zur Feder. In der Februar-Ausgabe des „Eckartbote“ wendet sie sich in scharfen Worten gegen die geplante Einführung des ECU: „Mit dem Opfer der D-Mark soll (...) die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands beseitigt werden.“

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Vorwärts Verlag GmbH
Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon (0228) 95113-0, Fax 95113-16

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstr. 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 9510416, Fax 314523

Satz und Lithos:
DAVIS BONN GmbH

Druck:
Braunschweig-Druck GmbH

Erscheint 14tägig, Bezug nur Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten